

Timo Lochocki

**DIE
VERTRAUENS
FORMEL**

So gewinnt unsere
Demokratie
ihre Wähler zurück

HERDER

Timo Lochocki

Die Vertrauensformel

So gewinnt unsere Demokratie ihre
Wähler zurück



FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Umschlaggestaltung: Designbüro Gestaltungssaal

E-Book-Konvertierung: le-tex publishing services GmbH,
Leipzig

ISBN (E-Book): 978-3-451-81415-0

ISBN (Buch): 978-3-451-38271-0

Inhalt

Vorwort

- 1 Was uns droht**
- 2 Die fundamentale Neuordnung westlicher Parteipolitik**
- 3 Die empathische Wirkung des Bürgerlichen Kompromisses**
- 4 Die verpassten Chancen in den Flüchtlingsdebatten seit 2015**
- 5 Warum den Volksparteien wirklich die Wähler weglaufen**
- 6 Was wir von anderen lernen können**
- 7 Der neue Nexus von Partei- und Außenpolitik**
- 8 Die Vertrauensformel - Eine solidarische Bürgergesellschaft mit starkem Staat**

Nachwort

Dank

Anmerkungen

Für meinen Onkel und meinen Vater,
die mir die guten und weniger guten Seiten
bürgerlicher Politik vorlebten

Vorwort

Meine wissenschaftliche Auseinandersetzung und meine persönlichen Erfahrungen mit dem Thema Rechtspopulismus können als Spiegel der inzwischen sehr ausführlichen öffentlichen Debatten gelten: Als ich im Frühling 2014 an der Humboldt-Universität zu Berlin meine Dissertation zu den Gründen für das Auf und Ab von rechtspopulistischen Parteien in Westeuropa verteidigte, interessierte das Thema kaum jemanden. Nun, nach dem Ausstieg der Briten aus der EU (Brexit), Donald Trumps Wahlsieg, dem Beinahe-Sieg des Front National in der französischen Präsidentschaftswahl, dem Regierungsantritt der Links-rechts-Populisten in Italien und den stetig wachsenden Erfolgen der Alternative für Deutschland (AfD), die zu einer deutschen Regierungskrise im Sommer 2018 führten, ist das Thema in aller Munde. Waren Rechtspopulisten vor einigen Jahren noch politische Randphänomene, stehen sie nun als wichtige Treiber des wiederaufflammenden Nationalismus im Scheinwerferlicht. Und das vollkommen zu Recht. Diese Parteien – oder besser: unser Umgang mit ihnen wird unsere Zukunft auf Jahrzehnte bestimmen. Davon handelt dieses Buch.

In den Jahren dieser historischen Ereignisse habe ich beim German Marshall Fund of the United States (GMF)

hauptsächlich in Berlin, aber auch in Washington und Paris mehrere Forschungsprojekte zu diesen Themen geleitet. So habe ich auf diese Weise die Entwicklung der AfD genau verfolgen können und war auf unzähligen Parteiveranstaltungen. Mir ist es dabei nicht schwergefallen, die Denkweisen und Emotionen vieler AfD-Sympathisanten¹ zu verstehen. Das Gros meiner Gesprächspartner hätte wunderbar in die konservativere CDU gepasst, die es zu meinen Studienzeiten noch gab. Auch wenn ich einige Jahre im Ausland studiert habe, stehen mir die Debatten unter deutschen Studenten in den späten 2000er Jahren noch genau vor Augen: Die CDU galt als der unbestrittene Hort des deutschen Konservatismus. Dieser war mir auch aus persönlicher Erfahrung wohlbekannt, da ich aus einer Region stamme, in der die CSU jahrzehntelang unangefochten an der Spitze der Politik stand: dem bayerischen Unterfranken. Viele heutige Unterhaltungen mit AfD-Unterstützern erinnern mich daher an unzählige Gespräche mit CSU-Wählern aus meiner fränkischen Heimat.

Dank Auslandsaufenthalten während meines Studiums und meiner Promotion und der Arbeit in einer deutsch-amerikanischen Denkfabrik mit Büros an vielen Orten Europas konnte ich die Gesellschaften einer Reihe von Ländern genauer unter die Lupe nehmen. Nicht nur in mehreren westlichen Demokratien konnte ich forschen,

sondern auch viel reisen und die politischen und sozialen Folgen des Aufstieges von Populisten hautnah erleben. Gerade meine längeren Aufenthalte in den USA, Norwegen und Frankreich erwiesen sich als besonders hilfreich. In diesen Staaten gibt es zum Teil seit Jahrzehnten starke rechtspopulistische Parteien. Wenn wir es nicht schaffen, die AfD klein zu halten, drohen uns dieselben politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen: eine kurzsichtige und undurchdachte, im schlimmsten Falle kriegerische Außenpolitik; ein Klima des Hasses, in dem wir uns die heutige angespannte Debattenlage mit Handkuss zurückwünschen; eine sozialstaatliche Stagnation, welche die meisten von uns deutlich ärmer machen würde. Frankreich bemüht sich seit dem Macron-Sieg 2016, aus diesem Teufelskreis zu entfliehen, und Norwegens sagenhafter Ölreichtum erlaubte es, die schlimmsten Folgen dieser Politik abzufedern. Dennoch sind diese Staaten in den letzten Jahrzehnten klar von gesellschaftlicher Spaltung und weitestgehend einer Außenpolitik geprägt, die vor allem kurzfristige wahltaktische, keine langfristigen strategischen nationalen Interessen verfolgt; insbesondere in den USA treten diese Entwicklungen eindrucklich hervor. Wie wir verhindern können, dass es uns genauso ergeht, soll dieses Buch skizzieren.

Ich habe in den letzten Jahren unzählige Gespräche mit Politikern, Parteistrategen und Journalisten zu diesen Themen geführt, um ihnen wissenschaftliche Erkenntnisse für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Meine persönliche Forschung bildet dabei freilich nur einen geringen Anteil. Vielmehr geht es darum, zu erklären, was Hunderte Kollegen in ihren Untersuchungen herausgefunden haben. Die meisten Gespräche mit Kabinettsmitgliedern, Verfassern von Leitartikeln oder Strategen europäischer Parteien laufen dabei nach dem gleichen Muster ab: Die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschung zu den psychologischen, soziologischen und parteipolitischen Mechanismen, die wir gerade beobachten, sind vielen Top-Entscheidern weitestgehend unbekannt.

Die letzten zehn Jahre meines Lebens waren daher geprägt von einem Wandeln zwischen vermeintlichen Gegensätzen: meiner kleinstädtisch und konservativ geprägten fränkischen Heimat und der progressiven Metropole Berlin; dem Genuss mehrerer längerer Auslandsaufenthalte in den USA, Frankreich und Norwegen einerseits und dem Wunsch nach Erdung in einem lokal verwurzelten Freundes- und Familienkreis andererseits; einesteils dem freien Forschen und Lehren und andernteils dem persönlichen Kontakt mit europäischen Entscheidern und den Zwängen, denen sie unterliegen. Aus all diesen Eindrücken ist mein Wunsch erwachsen, ein Buch zu

schreiben, das drei Anliegen vereinen soll: erstens die aktuelle politische Lage auf Grundlage wissenschaftlicher Forschungen zu analysieren, ohne zu polemisieren und den tausendsten moralischen Zeigefinger zu heben; zweitens die wissenschaftlichen Erkenntnisse so aufzubereiten, dass sie jeder interessierte Bürger nachvollziehen kann; drittens Politikern und Bürgern gleichermaßen einige umsetzbare Lösungswege aus der aktuellen Misere aufzuzeigen.

Wenn ich mit Politikern über die Entfremdung zwischen Teilen der Wähler von den etablierten Parteien und den daraus folgenden Aufstieg der AfD spreche, reagieren die meisten so: »Danke für die Erläuterungen, das klingt alles sehr logisch. Das heißt aber, wenn wir das Vertrauen in unsere etablierten Parteien wieder stärken wollen, müssen wir eine Menge liebgewonnene Ideen über Bord werfen?!« Ja, das stimmt. Und so lade ich auch Sie als Leser dazu ein, sich darauf einzulassen, einige vermeintliche politische Gewissheiten auf den Prüfstand zu stellen.

Berlin, im August 2018

1

Was uns droht

»Die Theorie ist eine Vermutung mit Hochschulbildung.«

(Jimmy Carter)

Deutschland im Jahr 2018 ist in mindestens dreierlei Hinsicht vom Glück geküsst – ökonomisch, sicherheitspolitisch und auch mit unserem politischen System stehen wir eindeutig auf der Sonnenseite. Wir haben Vollbeschäftigung, einen einigermaßen funktionierenden Sozialstaat und durchaus leistungsfähige politische Strukturen. Natürlich liegt in der Wirtschaft vieles im Argen, aber fragen Sie mal einen Griechen oder Franzosen, wie es bei ihnen aussieht, oder denken Sie zurück an die Rezessionen der 1990er Jahre. Zudem sind wir umgeben von Alliierten, die in der NATO und/oder der EU sind. Freilich gibt es massive sicherheitspolitische Herausforderungen, über die aber die halbe Welt oder unsere Großeltern nur müde lächeln. Und über allem steht eine relativ gut funktionierende parlamentarische Demokratie. Natürlich, die einen mögen Kanzlerin Angela Merkel zum Teufel wünschen, die anderen Horst Seehofer nach Sibirien schicken wollen, doch stehen unsere Politiker im Vergleich zu vielen anderen westlichen Demokratien

ganz gut da. Zwar gibt es viel an den Berliner Spitzenpolitikern auszusetzen, aber selbst die meisten AfD-Wähler oder die Hartgesottenen bei Linkspartei und Grünen würden die Lage Deutschlands dem Durcheinander im nach-Referendum-Großbritannien oder dem Kulturkampf in den USA vorziehen.

Die wirtschaftlichen, sicherheits- und innenpolitischen Erfolge Deutschlands sind kein Zufall. Sie gründen auf einer konsensorientierten Außenpolitik, einem Ausgleich zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen und eher behutsamen ökonomischen Reformen. All dies wird durch den Aufstieg der AfD massiv bedroht. Wenn wir es nicht schaffen, die AfD einzuhegen, droht uns eine kurzsichtige und undurchdachte, im schlimmsten Falle kriegerische Außenpolitik; es droht uns ein gesellschaftliches Klima des Hasses; es droht uns eine wirtschaftliche Stagnation, die fast alle unter uns (außer vielleicht die Allerreichsten) deutlich ärmer machen würde.

Wie wichtig sind 12,6 Prozent?

Wie kann das sein? Wie sollen die 12,6 Prozent der AfD in der letzten Bundestagswahl solch eine Sprengkraft entfalten? Schenken wir diesen knapp 13 Prozent der Wähler nicht zu viel Aufmerksamkeit? Ich finde nicht. Denn wie ich im Laufe des Buches erklären werde, wird die AfD

nicht gewählt, weil ihre Wähler von ihrer Programmatik überzeugt sind. Die meisten stimmen für die Rechtspopulisten, weil sie ihrer Enttäuschung über die Volksparteien CDU/CSU und SPD Luft machen wollen, indem sie einer neuen, vermeintlich konservativen Partei ihre Stimme geben. Viele AfD-Wähler wenden sich von den Volksparteien ab, weil sie ihnen nicht mehr zutrauen, auf ihre Sorgen vor Identitäts- und Kontrollverlust zu reagieren. Sie sehen die Volksparteien vielmehr als Auslöser der Prozesse, die ihnen Sorgen bereiten - steigende Zuwanderung, zunehmende Pluralität, wachsende internationale Vernetzung. Die rechtspopulistische AfD ist somit ein Symptom und ein Katalysator für die Entfremdung vieler Wähler von den Volksparteien und von der parlamentarischen Demokratie. In diesem Vertrauensverlust besteht für die demokratischen Kräfte dieses Landes die eigentliche Herausforderung, auch wenn der Rechtspopulismus in Gestalt der 12,6 Prozent AfD-Wähler vorerst noch vergleichsweise harmlos daherkommen mag.

»Rechtspopulismus« steht zunächst für eine Parteienfamilie, wovon »Populismus« als Kommunikationsmittel zu unterscheiden ist. Letzterer ist die emotionale Zuspitzung komplexer Thematiken - eine Strategie, die sich in fast allen Parteien findet. Rechtspopulismus kombiniert diese

Kommunikationsstrategie erstens mit einem kulturellen Rassismus, der große Bevölkerungsgruppen ausgrenzt, und zweitens mit der Behauptung, dass ausschließlich rechtspopulistische Akteure die Interessen des Volkes vertreten würden. So erklärt sich auch die Gewinnerformel rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa: »*Für die Nation, gegen die Eliten*«. Und um eben dies zu erreichen, soll sozialer Wandel (z. B. Migration und europäische Integration) zurückgedreht werden und die nationale Schicksalsgemeinschaft wiederbelebt werden. Daher ist der Dreh- und Angelpunkt rechtspopulistischer Rhetorik ein *nostalgischer Nationalismus*.

Man kann also die CSU-Vorschläge zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Sommer 2018 als Populismus bezeichnen. Aber kein CSU-Politiker spricht allen anderen Politikern die Fähigkeit ab, die Interessen deutscher Wähler zu vertreten, und durch die Forderung nach Zurückweisungen an der Grenze schließt kein CSU-Politiker kategorisch ganze Bevölkerungsgruppen aus der deutschen Gesellschaft aus. Die CSU agiert daher zuweilen populistisch, aber fast nie wie eine rechtspopulistische Partei. Natürlich liegt der Grund des Streits zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer über mögliche Zurückweisungen von Asylbewerbern an der deutschen Grenze im Juni/Juli 2018 in einer unterschiedlichen Strategie im Umgang mit der AfD. Die Kanzlerin glaubt,

dass es nichts nutzt, konservative Akzente zu setzen. Horst Seehofer verfolgt mit Blick auf die bayerische Landtagswahl im Oktober 2018 die genau umgekehrte Strategie. Eine möglichst harte Position der CSU in Flüchtlingsfragen soll der CSU die Wählerprocente von der AfD beschern, um wieder die absolute Mehrheit im Freistaat zu erlangen. Die CSU will also hier die Wähler einer rechtspopulistischen Partei ansprechen. Da ihre Strategie aber nicht auf einer generellen Eliten-Skepsis basiert und nicht kategorisch ganze Bevölkerungsgruppen ausschließt, agiert sie hier jedoch *nicht* wie eine rechtspopulistische Partei.

Aktuell gäbe jeder siebte Wähler der rechtspopulistischen AfD seine Stimme, doch liegt der Anteil globalisierungsskeptischer Wähler, die das Potenzial der AfD darstellen, laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung bei satten 45 Prozent.¹ Theoretisch könnte also fast jeder zweite Wähler davon überzeugt werden, eine Partei zu wählen, welche die parlamentarische Demokratie in Deutschland grundlegend kritisiert. Zum Vergleich: Die CDU/CSU wurde bei der Bundestagswahl im September 2017 mit Abstand stärkste politische Kraft, dabei aber nur von einem Viertel aller Wahlberechtigten gewählt (32,9 Prozent der Stimmen bei 76,2 Prozent Wahlbeteiligung). Wenn alle 45 Prozent der Bundesbürger, die sich skeptisch zu Migration, Pluralisierung und anderen Formen der

Globalisierung äußern, dieselbe Partei wählen, würde diese bei circa 75 Prozent Wahlbeteiligung locker die absolute Mehrheit im Bundestag erreichen. Die 13 Prozent der AfD sind die Spitze eines Eisberges, die 45 Prozent der Globalisierungsskeptiker der Eisberg. Deutschland ist der Dampfer, der darauf zuhält.

Wie beeinflussen Rechtspopulisten politische Entscheidungen?

Entscheidend für den politischen Einfluss der Rechtspopulisten ist aber in der Regel gar nicht ihr Stimmenanteil. Denn Rechtspopulisten entfalten ihre Wirkung so gut wie nie über Regierungsbeteiligungen, sondern meist *indirekt*, indem sie die nationale Themensetzung und die Positionen etablierter Parteien beeinflussen. Es sind fast immer die anderen Parteien, die unter dem Eindruck von Rechtspopulisten die politische Debatte oder die Gesetze verändern.

Diese Beeinflussung geschieht auf vier Wegen: Erstens, indem Mitte-rechts-Parteien aus taktischen Gründen dazu neigen, Standpunkte in der Migrations- und Integrationspolitik einzunehmen, die dem Land bleibenden Schaden zufügen können. Im Frühling 2018 sah man das sehr gut daran, dass die Vorschläge der CSU in der Integrationspolitik sich auf christliche Symbole

konzentrierten. Dies unterschlägt freilich, dass große Teile der Bevölkerung anderen Glaubens sind beziehungsweise ein noch viel größerer Bevölkerungsteil areligiös ist. Die CSU läuft somit Gefahr, eine soziale Spaltung der Bundesrepublik herbeizureden, die in dieser Form gar nicht existiert. Und natürlich ist die Regierungskrise im Sommer 2018 über die Frage der Zurückweisungen von Flüchtlingen an der deutschen Grenze eine Folge der hohen Umfragewerte der AfD in Bayern, die die absolute Mehrheit der CSU in der kommenden Landtagswahl bedroht.

Zweitens führt der Aufstieg von Rechtspopulisten dazu, dass identitätspolitische Themen (Migrations-, Außen- und Europapolitik) die sozial- und wirtschaftspolitischen Themen aus der politischen Arena verdrängen. Wenn aber eine Gesellschaft lange genug vorrangig über *Identitätspolitik* diskutiert, entwickelt sich eine Art gewaltloser Bürgerkrieg, ein polarisierter Kulturkampf zwischen Progressiven und Konservativen, die von ihren ideologischen Schützengräben aus einander belauern und dem Gegenüber unterstellen, das Land zugrunde richten zu wollen. Der Aufstieg von Rechtspopulisten ersetzt also die Lagerbildung, die einstmals vor allem über ökonomische Fragen definiert war, zugunsten von politischen Lagern, die sich über Identitätspolitik definieren. Die entscheidende politische Frage ist also nicht mehr: »Bist Du für eine

starke Besteuerung hoher Einkommen und einen Wohlfahrtsstaat, der massiv umverteilt, oder dagegen?«
Sondern: »Bist du für die EU und eine multikulturelle Gesellschaft oder dagegen?«

Dieser Kulturkampf rührt am Herz vieler Wähler, das heißt, an ihrer Identität. Deswegen werden diese Kämpfe deutlich erbitterter geführt als sozial- und wirtschaftspolitische Konflikte. Aktuell ist das sehr gut in den USA und Großbritannien zu beobachten. In Großbritannien stehen sich das nationalistische Lager der Brexit-Befürworter und das kosmopolitische Lager der Brexit-Gegner unversöhnlich gegenüber. Jeder wirft dem anderen vor, die Nation, die Zukunft der Kinder, den Wohlstand ganzer Generationen und so weiter verraten zu haben. Das Misstrauen, der Hass und die Unfähigkeit, über diese politischen Gräben hinweg miteinander ins Gespräch zu kommen, sind eine Katastrophe für die Demokratie. Denn so wird es beinahe unmöglich, Kompromisse zu schmieden. Das Land erstarrt in einem äußerst schmerzhaften Stellungskrieg, in dem sich nichts bewegt und den keine Seite gewinnen kann.

Hieraus folgt drittens, dass politische Energien für ökonomische Reformen weitestgehend fehlen, da sie in besagtem Kulturkampf aufgebraucht werden und es kaum Chancen auf Kompromisse gibt. Staaten mit starken Rechtspopulisten in den Parlamenten sind daher meist

unfähig, die ökonomischen Reformen durchzuführen, die sie bräuchten, um den Wohlstand ihrer Gesellschaften zu wahren oder zu mehren. Eindrückliche Beispiele sind die jahrzehntelange Reformunfähigkeit Frankreichs und Italiens. Hier gelang es den regierenden Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien nicht, die Energien aufzubringen, weitreichende ökonomische Reformen auf den Weg zu bringen, da sie stattdessen in einem Kulturkampf zerrieben wurden. Dass populistische Parteien in westlichen Staaten die Regierung übernehmen, wie mittlerweile in den USA und Italien (aber dort wird die Regierung von Links- statt von Rechtspopulisten angeführt) geschehen, liegt noch nicht weit genug zurück, als dass aussagekräftige Erfahrungswerte vorlägen. Wenn wir aber den ersten Kommentaren von Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschern Vertrauen schenken, steht nicht zu erwarten, dass die Wählerschaften von Donald Trump, der Lega Nord (beides Rechtspopulisten) und der Fünf-Sterne-Bewegung (einer eher linkspopulistischen Partei) mit ihren Regierungen glücklich sein werden. Eher sieht es so aus, als ob die bisher sichtbaren ökonomischen Reformen die Oberschichten mittel- und langfristig entlasten, die Mittelschichten und Unterschichten, die für die Populisten stimmten, hingegen belasten.²

Am folgenschwersten ist allerdings der Einfluss von Rechtspopulisten, wenn sie, viertens, die Außen- und

Europapolitik etablierter Parteien beeinflussen. Donald Trumps internationales Auftreten oder der Brexit, den der damalige konservative britische Premierminister David Cameron zu verantworten hat, sind die prominentesten Beispiele. Rechtspopulisten können daher politische Prozesse losstreten, die das Land in die internationale Isolation und massive außenpolitische Krisen stürzen, im schlimmsten vorstellbaren Falle in globale kriegerische Auseinandersetzungen.

Deutschlands Zukunft und die AfD

Von den USA mit ihrem sehr speziellen Wahlsystem abgesehen, haben Rechtspopulisten in keiner westlichen Demokratie jemals einen Regierungschef gestellt. (In der aktuellen Regierung in Italien sind die Linkspopulisten stärker vertreten als die Rechtspopulisten, der Regierungschef ist kein Parteimitglied.) Rechtspopulisten haben auch ganz selten mehr als 25 Prozent Wählerzustimmung erhalten. Aber sie haben die parteipolitischen, medialen und psychologischen Mechanismen ihrer Gesellschaft radikal verändert. Und in allen betroffenen Staaten standen Rechtspopulisten irgendwann bei rund 13 Prozent, genau wie die AfD bei uns im Jahr 2017. Es ist daher gut möglich, dass der Aufstieg

der AfD in den kommenden zehn Jahren ähnliche Prozesse lostritt. Was würde das konkret bedeuten?

Deutschland im Jahr 2028 könnte geprägt sein von einer Integrations- und Migrationspolitik, die das Land langfristig spaltet. Wir würden in einer polarisierten Gesellschaft leben, in der sich die progressiven Europafreunde und die konservativen Nationalen im Alltag mit offenem Hass begegnen. Währenddessen verschlechtert sich die Wirtschaftslage, ökonomische Reformen tun not. Doch weder CDU/CSU noch die SPD wären in der Lage, die Energie oder die politischen Mehrheiten für Reformen aufzubringen, um Deutschlands Wohlstand zu erhalten. Die Wählerpotenziale der Grünen, der Linken und der FDP blieben auch weiterhin viel zu klein, um als staatstragende Parteien einzuspringen. Deutschlands alternde Gesellschaft stünde vor einem Kollaps der Renten- und Sozialkassen. Denn ohne durchdachte Sozialpolitik, weitsichtige Konzepte zur Zuwanderung und behutsame ökonomische Reformen ist unser Wohlstand nicht zu halten. Zu guter Letzt könnte es sein, dass die Volksparteien in einem verzweifelten Versuch, Wählerstimmen von der AfD zurückzugewinnen, ein außenpolitisches Abenteuer ankündigen, zum Beispiel den europapolitischen Bruch mit Frankreich. Oder doch einen großflächigen Kampfeinsatz der Bundeswehr im Nahen Osten, um steigenden Flüchtlingszahlen vorzubeugen? Einen Handelskrieg mit

China? All dies klingt unglaublich, aber das hätten wir vor einigen Jahren zu Trump oder dem Brexit auch gesagt, oder?

Die USA sind vielleicht in der Lage, eine außenpolitische Isolation aufgrund ihrer massiven Wirtschafts- und Militärmacht und ihrer relativ großen und jungen Bevölkerung einigermaßen zu überstehen. Aber für Deutschland wäre dies eine Katastrophe, die das Land um Jahrzehnte zurückwerfen würde. Die deutsche Wirtschaft ist global so stark vernetzt wie keine zweite. Kaum ein Land hat so stark von der Euro-Einführung profitiert wie wir. Bräche der Euro zusammen und müssten wir wieder nationale Währungen einführen, verteuerten sich unsere Waren über Nacht und würden noch deutlich weniger gekauft. Ein aggressives Auftreten Deutschlands in Europa würde die Formierung antideutscher Allianzen zur Regel machen.

Deutschland ist eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft mit relativ überschaubaren Herausforderungen in der Integrationspolitik. Ein langjähriger Kulturkampf über diese würde das Land daher ohne Not in verfeindete Lager teilen. Das Land ist jetzt erst dabei, die Ost- und Westdeutschen und die Bürger mit und ohne Migrationshintergrund langsam zusammenzuführen. Das Letzte, was wir brauchen, ist die Aussicht auf jahrzehntelange Debatten über das, was uns trennt.

Stattdessen müssen wir bewahren und betonen, was uns eint. Die Alterung unserer Gesellschaft schreitet massiv voran. Eine Zuwanderungsdebatte, die Fachkräfte abschreckt, wäre eine Katastrophe. Die Sicherung der Sozialsysteme braucht eine wohldurchdachte und pragmatische Einwanderungspolitik. Ob es die aber in zehn Jahren gäbe, stellt die AfD infrage.

Dies besagt nicht, dass die Sympathisanten der AfD all dies wollen. Viele AfD-Unterstützer sind ja vor allem dadurch motiviert, dass sie sich Sorgen um Deutschland machen. Das Gros der AfD-Wähler hat deswegen auch ganz andere politische Ziele als diese Horrorszenarien. Und das gilt für alle Staaten. *Es gibt einen himmelweiten Unterschied zwischen der ursprünglichen Motivation des Großteils der Wähler von rechtspopulistischen Parteien und den politischen Folgen, die sie auslösen können.* Es ist die politische Dynamik zwischen der Motivation von AfD-Sympathisanten und den politischen Entscheidungen der Volksparteien, welche über die Zukunft des Landes entscheidet. Der Parlamentseinzug von Rechtspopulisten kann einen Tornado auslösen. Diesen Tornado können die Volksparteien aber nicht aufhalten, indem sie sich massiv gegen die Wähler der Rechtspopulisten stellen. Denn so würden sie nur bestätigen, was AfD-Sympathisanten sowieso schon denken: dass ihre Belange und Sorgen den Volksparteien egal sind. In der Folge würde die AfD nur

noch stärker und der Tornado immer wahrscheinlicher. *Nur wenn die Volksparteien das Vertrauen globalisierungsskeptischer Wähler zurückgewinnen beziehungsweise bewahren können, sind die oben beschriebenen destruktiven Prozesse aufzuhalten.*

Ob dies gelingt, wird sich in den nächsten drei Jahren dieser Legislaturperiode entscheiden. Aktuell ist die Mehrheit der AfD-Wähler noch nicht wirklich von der AfD überzeugt, sie sind vielmehr von CDU/CSU und der SPD enttäuscht. Wenn es beiden Volksparteien in den nächsten drei Jahren gelingt, das Vertrauen AfD-naher Wählerschichten wiederzugewinnen, könnten sie es schaffen, dass die AfD bei niedriger zweistelliger Wählerzustimmung verharret, vielleicht sogar aufgrund immer deutlicher hervortretender rechtsextremer, verfassungsfeindlicher Tendenzen implodiert und wieder unter die Fünf-Prozent-Hürde rutscht. Wenn die Volksparteien es in den nächsten drei Jahren und der anschließenden Bundestagswahl aber nicht schaffen, AfD-Sympathisanten zurückzuholen, wird sich die AfD bei 15 bis 25 Prozent Wählerzustimmung stabilisieren. Das reicht, um die katastrophalen politischen Prozesse loszutreten, die wir in Deutschland unbedingt verhindern wollen. Die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, sind in ihrer Tragweite vergleichbar mit der Westbindung nach 1945 oder der Debatte über den Nato-Doppelbeschluss in den

1980ern, der schließlich dazu beitrug, den Kalten Krieg zu beenden. Wie damals werden nun auch 2018 entscheidende Weichen gestellt, die das Land für Generationen prägen werden. *Die nächsten drei Jahre werden Deutschlands Zukunft für Jahrzehnte bestimmen.*

Deutschlands großes Glück

Auch in dieser wegweisenden Situation hat Deutschland wieder großes Glück: Was wir gerade beobachten – der Vertrauensverlust gegenüber den Volksparteien und in der Folge der Aufstieg der Rechtspopulisten –, vollzog sich anderswo bereits vor dreißig Jahren. Parteien- und Meinungsforscher haben dieses Phänomen dort schon länger untersuchen können. Sie können recht gut messen, warum sich Wähler von ihren Volksparteien entfremdet haben und wie dies die politische Dynamik veränderte. Da westliche Demokratien sich in vielen Punkten sehr ähneln, können wir sie gut miteinander vergleichen. Und wir können erkennen, dass die parteipolitischen Dynamiken und die Konjunkturen der öffentlichen Meinung, die Parteien- und Meinungsforscher heute in Deutschland messen, denen in den USA und Großbritannien vor einigen Jahren sehr nahekommen.

Rein wissenschaftlich gesehen, ist der Aufstieg Trumps, der Brexit oder die AfD nicht sehr aufregend – all dies lässt

sich gut erklären. Unterschiedliche Sozialforscher mit unterschiedlichen Daten kommen dabei zu den gleichen Ergebnissen; sie können anhand belastbarer Daten und überprüfbarer Berechnungen begründen, warum und wie politische Mechanismen ablaufen. Wir können zum Beispiel berechnen, welche Vorbedingungen ein gewisses Ereignis ankündigen, etwa, dass Rechtspopulisten eigentlich nur dann an Wählerzuspruch gewinnen, wenn Migrations- oder Europathemen für Wähler relevant sind. Oder wir können plausibel machen, dass die AfD für Wähler aus fast allen sozio-ökonomischen Schichten fast gleich attraktiv ist. Sie ist also weder eine Oberschichten- noch eine Unterschichtenpartei.

Trotz einiger unklarer beziehungsweise umstrittener Punkte werden die meisten großen Fragen von einer großen Mehrheit der Forscher gleich beantwortet. So ist es zum Beispiel relativ unbestritten, dass wir die AfD gut mit Rechtspopulisten in anderen westlichen Staaten vergleichen können. Ganz in diesem Sinne folgen die schwankenden Umfragewerte der AfD auch den Mustern, die wir aus anderen Staaten kennen. Wir können somit ziemlich gut voraussagen, unter welchen Umständen die AfD Wähler gewinnen oder verlieren wird. Und wir können folgern, dass sich Deutschland aktuell in einer vergleichbaren Situation befindet wie die USA vor zwanzig Jahren und Großbritannien vor zehn Jahren. Die Prozesse,

die damals in Washington und London ihren Anfang nahmen, führten zur Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und zum Brexit.

Diese Erfahrungen lehren, dass der Aufstieg von Rechtspopulisten das gefährden kann, was westliche liberale Demokratien stark macht: die Konsensorientierung, die einen produktiven Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen ermöglicht. Rechtspopulisten wie die AfD setzen dieser ausgleichenden Gesellschaftsordnung einen antiliberalen Entwurf und einen nostalgischen Nationalismus entgegen, wonach der Staat nur die Interessen jener Individuen verteidigen soll, die zur (vermeintlichen) Mehrheitsgesellschaft zählen. (Andere) Minderheiten wie Mitbürger mit Migrationshintergrund, voll berufstätige Frauen oder Homosexuelle können nicht damit rechnen, dass ihre individuellen Rechte von staatlichen Organen geschützt werden. Veränderungen und Reformen, die das Land zukunftsfähig machen könnten, sind nicht vorgesehen, stattdessen soll das Rad der Zeit zurückgedreht werden. Das Bedürfnis nach der Bewahrung von Gutem und Schönen ist vollkommen verständlich. Aber es ist fatal, wenn sich dieser Wunsch in einer generellen Fortschrittsskepsis niederschlägt.

Großbritannien und die USA geben uns warnende Beispiele für den Erfolg von Rechtspopulisten. Deutschland

ist in der glücklichen Lage, aus den Fehlern der Volksparteien in anderen westlichen Demokratien lernen zu können. Umso größer ist unsere Verantwortung, solche Verhältnisse zu verhindern.

Die fatalen Missverständnisse

Da Rechtspopulisten antiliberale und nostalgische Vorschläge propagieren, glauben viele Beobachter, man müsse diese mit ebenso progressiven Gegenvorschlägen kontern. Die Logik geht so: »Wenn die AfD gegen Zuwanderung ist, dann sind wir jetzt erst recht dafür. Wenn Alice Weidel gegen eine bunte Gesellschaft³ ist, dann werden wir jetzt erst recht für ein multikulturelles Deutschland eintreten! Und wenn die Rechtspopulisten den Euro abschaffen wollen, dann weiten wir die Eurozone aus. Die Wähler werden verstehen, was für sie besser ist! Die Wähler von Rechtspopulisten sind schließlich nicht wirklich über die Europa- oder Immigrationspolitik verärgert, sondern eigentlich über die verfehlte Sozialpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Daher ist es das beste Mittel gegen sie, kräftig in die Infrastruktur und den Sozialstaat zu investieren.«

Dieses »Patentrezept« liest man immer öfter in deutschen Leitmedien, zum Beispiel bei Jakob Augstein⁴ vom *Spiegel* und Heribert Prantl⁵ von der *Süddeutschen Zeitung*. Die

Entfremdung vieler Wähler von CDU/CSU und SPD läge demnach vor allem an einer verfehlten, da zu sparsamen Sozialpolitik. Daher müsse man, wenn man Wähler von der AfD zurückgewinnen wolle, viel Geld in die Hand nehmen. Dazu muss ich als Parteienforscher sagen, dass eine gute Sozialpolitik nie von Nachteil ist, doch wenn man allein auf diese setzt, wird das nicht genügen. Für mich ist klar: Es ist falsch, anzunehmen, dass die westliche, liberale Demokratie am besten dadurch zu verteidigen ist, dass man mit Pauken und Trompeten für progressive Maximalforderungen eintritt. So wird man kaum einen AfD-Sympathisanten überzeugen, im Gegenteil – diese Strategie nutzt sogar der AfD und schwächt die liberale Demokratie!

Ein Hauptgrund, warum derartige Erklärungen und Strategien gegen den Rechtspopulismus nicht zutreffen, liegt in dem Versuch, ein komplexes politisches Phänomen allzu simpel zu erklären. Aber die vielschichtige gesamtgesellschaftliche Kommunikation und die Verschachtelungen westlicher Parteipolitik erlauben dies nicht. Soziales und politisches Verhalten folgen durchaus Mustern, die unter vielen unterschiedlichen Gegebenheiten gleich sind und an den verschiedensten Orten jederzeit auftreten können. Diese Muster und Gegebenheiten gilt es zu erkennen. Wo sie sich einstellen, können sie strukturell-mentale »Superkräfte« aktivieren, beispielsweise im Deutschland von 2018 eine latente Ausländerfeindlichkeit

und Eliten-Skepsis, die das Aufkommen der AfD erklären sollen.

Solche Kräfte sind aber lediglich notwendige Bedingungen, ähnlich wie das Wasser im Schwimmbad, das benötigt wird, um einen Weltrekord zu schwimmen. Aber das Wasser ist nicht der entscheidende Faktor für den Erfolg. Bei einem Weltrekord wären das zum Beispiel die Kombination aus jahrelangem Training, der richtigen Ernährung, dem idealen Wetter und so weiter. Wenn wir aber nur notwendige Bedingungen wie das Wasser für die Erklärung von politischen Ereignissen heranziehen, laufen wir Gefahr, banalen Erklärungen anzuhängen: »Klar haben die Franzosen für Emmanuel Macron gestimmt, die mögen schon immer adrette Männer an der Macht.« Oder: »Natürlich sind die Briten aus der EU ausgetreten, die waren ja schon immer europaskeptisch.« Stattdessen müssen wir die Muster und Mechanismen verstehen, die ein politisches Ereignis exakt zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort möglich machten. *Nur ein Zusammenwirken von verschiedenen Faktoren erklärt, was wann wo passiert ist.* Ein Bonmot des großen Philosophen Isaiah Berlin fasst diese Denkweise perfekt zusammen: »Etwas zu verstehen bedeutet, die Muster dahinter zu erkennen.«

Wie ich noch ausführlich darstellen werde, sind für das Auf und Ab der AfD daher *nicht* die Nationalgeschichte, die Geografie Deutschlands oder etwa spezifische